

Scholz und Merz im TV-Duell: Atomausstieg oder Energiekrise - wer hat recht?

Olaf Scholz und Friedrich Merz debattieren den Atomausstieg in Deutschland 2025, seine Auswirkungen und die Energiekrise.



Emsland, Deutschland - Am 9. Februar 2025 fand ein bedeutendes TV-Duell zwischen Olaf Scholz (SPD) und Friedrich Merz (CDU) statt, in dem die beiden Politiker über den Atomausstieg diskutierten. Merz warf Scholz vor, die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland im Jahr 2023 während der Energiekrise zu verantworten. Scholz wies diese Verbindung jedoch zurück und nannte den Einfluss auf die Wirtschaft als „0,00002 Prozent“. Er verwies darauf, dass der Atomausstieg bereits seit einem Beschluss aus dem Jahr 2011 unter der Regierung Merkel beschlossen war und ursprünglich unter der rot-grünen Regierung von Gerhard

Schröder eingeleitet wurde.

Scholz thematisierte zudem die hohen Kosten neuer Kernkraftwerke, die auf etwa 40 Milliarden Euro geschätzt werden. Merz brachte das Beispiel des Stahlwerks Georgsmarienhütte zur Sprache, das produktionstechnische Herausforderungen aufgrund seiner Abhängigkeit von Atomstrom hatte. Scholz erinnerte daran, dass zum Zeitpunkt seines Amtsantritts nur noch sechs Kernkraftwerke aktiv waren und die letzten drei Kernkraftwerke am 15. April 2023 abgeschaltet wurden. Der Anteil der Kernkraft am Strommix betrug nach dieser Abschaltung etwa sechs Prozent.

Debatte mit unterschiedlichen Ansichten

Während des Duells konnten beide Politiker ihre Positionen klar darlegen und zeigten sich inhaltlich sattelfest. Scholz stellte sich als Verteidigungssituation dar, während Merz sich staatsmännisch präsentierte. Scholz setzte auf staatliche Maßnahmen wie Schulden, Subventionen und Steuererhöhungen, während Merz marktwirtschaftliche Ansätze propagierte. Beide Seiten scheinen in der Lage zu sein, ihren Kandidaten als Sieger der Debatte zu erklären, wobei Vorschläge für eine Einigung auf ein Unentschieden im Raum stehen. Es wurde vermutet, dass die Debatte nicht entscheidend für die bevorstehenden Wahlen sein könnte, wie **Cicero** berichtete.

Laut dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung könnte der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke die Großhandelsstrompreise um 1,0 bis 8,0 Prozent gesenkt haben. Scholz argumentierte jedoch, dass der Bau neuer Kernkraftwerke von schweren Verzögerungen betroffen ist, und nannte Beispiele wie Hinkley Point C in Großbritannien und Olkiluoto III in Finnland. Währenddessen diskutieren einige europäische Länder über eine Rückkehr zur Atomkraft, die inzwischen auf EU-Ebene als nachhaltig gilt, was **Merkur** zusammenfasste.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Emsland, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.cicero.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de